

Satzung des Amtes Nortorfer Land über die Erhebung von Beiträgen für die Schmutzwasserkanalisation in der Gemeinde Langwedel (Kanalbeitragsatzung Langwedel - KBS -)

Inhalt:

Neufassung vom 19.12.2019, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 51 vom 20.12.2019

Historik:

Satzung vom 25.11.1999, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 48 vom 4.12.99

1. Änderung vom 28.3.2002, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 15 vom 13.4.2002

2. Änderung vom 9.6.2013, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 24 vom 14.6.2013

3. Änderung vom 8.7.2014, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 29 vom 18.7.2014

4. Änderung vom 8.5.2017, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 19 vom 12.5.2017

Aufgrund des § 24a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. S.-H. S. 112), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.01.2019 (GVOBl. S. 30), in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.01.2018 (GVOBl. S. 6), der § 1 Abs. 1 Satz 1 und § 2 Abs. 1, § 8 (mit Ausnahme Abs. 1 Satz 4, Abs. 4 Satz 1 HS 2 und Abs. 8), § 9 und § 9a und § 18 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.01.2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.03.2018 (GVOBl. S. 69), des § 20 der Abwassersatzung Langwedel vom 19.12.2019 sowie dem Aufgabenübertragungsbeschluss der Gemeindevertretung Langwedel vom 07.10.2014 gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 der Amtsordnung vom 28.02.2003 (GVOBl. S.-H. S. 112) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.01.2019 (GVOBl. S.-H. S. 30), wird nach Beschlussfassung durch den Amtsausschuss vom 25.11.2019 folgende Neufassung der Kanalbeitragsatzung Langwedel erlassen:

I. Abschnitt

§ 1 - Allgemeines

- (1) Diese Satzung gilt für das Gebiet der Gemeinde Langwedel einschließlich der Wochenendhausgebiete mit Ausnahme der Ortsteile Blocksdorf und Enkendorf sowie der Grundstücke im Bereich „Langwedelfeld“, für die die Abwasserbeseitigungspflicht für Schmutzwasser durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf die Gemeinde Blumenthal übertragen wurde.
- (2) Das Amt betreibt die Ortskanalisation zur Sammlung von Schmutzwasser in der Gemeinde Langwedel nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Langwedel (Abwassersatzung) vom 19.12.2019 als selbständige öffentliche Einrichtung. Die Ortskanalisation endet an der Einleitungsstelle in das zum überörtlichen Transportsystem gehörende Hauptpumpwerk.
- (3) Das Amt erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
 - a) Teilbeiträge (Kanalbeiträge) zur Deckung des Aufwandes für die Herstellung der Ortskanalisation und des jeweils ersten Grundstücksanschlusskanals einschließlich Kontrollschacht,
 - b) Kostenerstattungen für weitere Grundstücksanschlusskanäle (Aufwendungersatz).

- (4) Die Erhebung von Teilbeiträgen zur Deckung des Aufwandes für die Herstellung des überörtlichen Abwassertransportsystems sowie der zentralen Kläranlage für die Gemeinden Groß Vollstedt, Warder und Langwedel wird in einer besonderen Satzung geregelt.
- (5) Grundstücksanschluss ist der Anschlusskanal von dem Abwasserkanal (Sammler) bis ca. 1 m hinter der Grenze des zu entwässernden Grundstücks einschließlich Kontrollschacht. Bei Grundstücken, die mit öffentlichen Kleinpumpwerken über Abwasserdruckleitungen an die Abwasseranlage angeschlossen werden, gilt das Kleinpumpwerk zugleich als Grundstückskontrollschacht. Bei Grundstücken mit privaten Kleinpumpwerken in den Wochenendhausgebieten ist Grundstücksanschluss die Anschlussdruckleitung von der Sammel-druckleitung bis zur Grundstücksgrenze des anzuschließenden Grundstücks einschließlich der Hauptabsperrvorrichtung.

II. Abschnitt - Abwasserbeitrag

§ 2 - Grundsatz

- (1) Das Amt erhebt, soweit der Aufwand nicht durch Zuschüsse, Abwassergebühren oder auf andere Weise gedeckt wird, für die Herstellung der öffentlichen Abwasseranlage Beiträge zur Abgeltung der durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme erwachsenden Vorteile. Die Erschließung von Grundstücken in neuen Baugebieten (räumliche Erweiterung der Abwasserbeseitigungsanlagen) gilt als Herstellung zentraler öffentlicher Abwasserbeseitigungseinrichtungen. Das Amt kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Anlagen und Einrichtungen Dritter in Anspruch nehmen oder die Abwasserbeseitigung ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen.
- (2) Die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau zentraler öffentlicher Abwasserbeseitigungsanlagen wird in einer besonderen Satzung geregelt.

§ 3 - Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an eine zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden können und für die
 - a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
 - b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung in der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne.

§ 4 - Beitragsmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung

- (1) Der Abwasserbeitrag für die Schmutzwasserbeseitigung wird als nutzungsbezogener Flächenbeitrag erhoben.
- (2) Bei der Ermittlung des nutzungsbezogenen Flächenbeitrages werden für das erste Vollgeschoss 100 Prozent und für jedes weitere Vollgeschoss 25 Prozent der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht.
- (3) Als Grundstücksfläche nach Abs. 2 gilt

- a) bei Grundstücken, die im Bereich eines Bebauungsplanes liegen, die Fläche, die der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zu legen ist, wenn für das Grundstück im Bebauungsplan bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist,
- b) bei Grundstücken, die über die Grenzen des Bebauungsplanes hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, wenn für diese darin bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist,
- c) bei Grundstücken, für die kein Bebauungsplan besteht und die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen (§ 34 BauGB), die Gesamtfläche des Grundstückes, höchstens jedoch die Fläche, die durch eine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB erfasst wird, ansonsten die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallelen; bei Grundstücken, die nicht an eine Straße angrenzen oder nur durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit einer Straße verbunden sind, die im Abstand von 50 m von der der Straße zugewandten Grundstücksgrenze verlaufenden Parallelen,
- d) bei Grundstücken, die über die sich nach den Buchstaben a) bis c) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze bzw. im Falle von Buchstabe c) der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Parallelen hierzu, die in einer Tiefe verläuft, die der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht,
- e) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festgesetzt ist, oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden (z.B. Schwimmbäder und Festplätze - nicht aber Sportplätze und Friedhöfe), 75 % der Grundstücksfläche, bei Campingplätzen jedoch 100 % der Grundstücksfläche,
- f) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz oder als Friedhof festgesetzt ist, oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Grundfläche der an die Abwasserbeseitigungsanlage anschließbaren Baulichkeiten, denen der Vorteil durch die öffentliche Einrichtung geboten wird, geteilt durch die Grundflächenzahl (GRZ) 0,20. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze die Grundstücksgrenze auch die Grenze der Umgriffsfläche bildet und sich die Abstände von den Außenwänden der Baulichkeiten zum Ausgleich dafür vergrößern,
- g) bei bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) die Grundfläche der an die Abwasserbeseitigungsanlage anschließbaren Baulichkeiten, denen der Vorteil durch die öffentliche Einrichtung geboten wird, geteilt durch die GRZ 0,20 höchstens die Fläche des Buchgrundstückes. Die so ermittelte Fläche wird diesen Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen, wobei bei einer Überschreitung der Grundstücksgrenze die Grundstücksgrenze auch die Grenze der Umgriffsfläche bildet und sich die Abstände von den Außenwänden der Baulichkeiten zum Ausgleich dafür vergrößern,
- h) bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellung eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist (z.B. Abfalldeponie), die Fläche des Grundstücks, auf die sich die Planfeststellung bezieht. Bei Zeltplätzen im Außenbereich ist die Zeltplatzfläche zugrunde zu legen.

- (4) Bei bebauten Grundstücken gem. Abs. 3 Buchst. a) bis d), bei denen der nicht bebaute Teil der Grundstücksfläche wesentlich größer ist als bei dem Durchschnitt der bebauten Grundstücke im Satzungsgebiet, wird die nach § 4 Abs. 2 zu berücksichtigende Grundstücksfläche auf das 12,65-fache der Grundfläche der an die Abwasseranlage anzuschließenden baulichen Anlagen begrenzt, wenn die nicht bebaute Grundstücksfläche das 11,65-fache der Grundfläche übersteigt. In allen anderen Fällen wird die Grundstücksfläche gem. Abs.3 Buchst. a) bis d) der Beitragsbemessung zugrunde gelegt. Die Grundflächen von Gebäuden und selbständigen Gebäudeteilen, die nach Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Einrichtung haben oder nicht angeschlossen werden dürfen, rechnen nicht zur Grundfläche im Sinne von Satz 1; das gilt nicht für die Grundfläche von Gebäuden oder selbständigen Gebäudeteilen, die tatsächlich angeschlossen sind, für die Fläche überdachter Freisitze sowie mit dem Gebäude verbundene Garagen, wenn die Garagen direkt vom Gebäude aus zugänglich sind. Satz 3 ist bei der Ermittlung der Bebauungstiefe (Abs. 3 Buchstaben c) und d) nicht anzuwenden.
- (5) Als Vollgeschoss gelten alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind. Als Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 2 gilt
- a) soweit ein Bebauungsplan besteht, die darin festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse, insofern die höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse des Bebauungsplans unterschritten wird, wird die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse berücksichtigt,
 - b) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse nicht festgesetzt, sondern nur eine Baumassenzahl oder nur die Höhe der baulichen Anlagen angegeben ist, die durch 2,4 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl bzw. die durch 2,4 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe, wobei Bruchzahlen über 0,5 auf volle Zahlen aufgerundet werden. Bruchzahlen bis 0,5 finden keine Berücksichtigung,
 - c) die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse, wenn aufgrund der tatsächlich vorhandenen Bebauung die Zahl der Vollgeschosse nach Buchst. a) oder die Baumassenzahl bzw. die Gebäudehöhe nach Buchst. b) überschritten werden,
 - d) soweit kein Bebauungsplan besteht oder in dem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Baumassenzahl bzw. die Gebäudehöhe bestimmt sind,
 - aa) bei bebauten Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - bb) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
 - cc) bei Grundstücken, die mit einem Kirchengebäude bebaut sind, die Zahl von einem Vollgeschoss,
 - e) bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss,
 - f) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Schwimmbäder, Friedhöfe) wird ein Vollgeschoss angesetzt,
 - g) bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellungsbeschluss eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist, wird - bezogen auf die Fläche nach Absatz 3 Buchst. h) - ein Vollgeschoss angesetzt.

- h) Kann eine Geschosszahl wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht festgestellt werden, ist Buchstabe b) sinngemäß anzuwenden.
- (6) Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich bebauungsrechtlicher Satzungen liegen, die in ihrer Funktion einem Bebauungsplan entsprechen, sind zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend anzuwenden, wie sie bestehen für
- a) Bebauungsplangebiete, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
 - b) die im Zusammenhang bebauten Ortsteile, wenn die Satzung keine Bestimmung über das zulässige Nutzungsmaß enthält.

§ 5 - Beitragssatz

Der Beitragssatz für die Herstellung der öffentlichen Ortskanalisation beträgt 3,48 Euro je qm beitragspflichtiger Fläche.

§ 6 - Beitragspflichtige

Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

§ 7 - Entstehung der Beitragspflicht, Nachveranlagung

- (1) Die Beitragspflicht entsteht jeweils mit der betriebsfertigen Herstellung der überörtlichen öffentlichen Einrichtung (Klärwerk und überörtliches Abwassertransportsystem), der zentralen öffentlichen Abwasserkanäle einschließlich der Grundstücksanschlusskanäle bzw. der Anschlussdruckleitung.
- (2) Für unbebaute Grundstücke, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB) oder des Geltungsbereichs eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB) liegen, entsteht die Beitragspflicht erst, wenn die Erfordernisse des Absatzes 1 erfüllt sind und das Grundstück mit anzuschließenden Gebäuden bebaut oder tatsächlich angeschlossen wird.
- (3) Im Falle des § 3 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit der Genehmigung des Anschlusses.
- (4) Ändern sich für ein bebautes Grundstück die für die Beitragsbemessung nach § 4 Abs. 3 Buchst. f), g) sowie die nach § 4 Abs. 4 und nach § 4 Abs. 5 a) maßgebenden Umstände und erhöht sich dadurch der grundstücksbezogene Nutzungsvorteil, entsteht ein dem höheren Vorteil entsprechender zusätzlicher Beitrag. In diesem Falle entsteht die Beitragspflicht mit dem Beginn der Maßnahmen, die den höheren Nutzungsvorteil entstehen lassen. Dies gilt entsprechend, wenn ein Grundstück über die Tiefenbegrenzungslinie nach § 4 Abs. 3 Buchst. c) hinaus bebaut wird.

§ 8 - Vorauszahlungen

Auf Beiträge können angemessene Vorauszahlungen gefordert werden, sobald mit der Ausführung der Maßnahme begonnen wird. § 7 gilt entsprechend. Eine geleistete Vorauszahlung ist bei der Erhebung des endgültigen Beitrags gegenüber dem Schuldner des endgültigen Beitrags zu verrechnen.

§ 9 - Veranlagung, Fälligkeit, Ratenzahlung

- (1) Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung einer Vorauszahlung.
- (2) Das Amt kann auf Antrag Stundung oder Verrentung bewilligen. Bei Verrentung wird der Beitrag durch Bescheid in eine Schuld umgewandelt, die in höchstens zehn Jahresleistungen zu entrichten ist. Der Antrag ist vor Fälligkeit des Beitrags beziehungsweise der Vorauszahlung zu stellen. In dem Bescheid sind Höhe und Zeitpunkt der Fälligkeit der Jahresleistungen zu bestimmen. Der jeweilige Restbetrag ist jährlich mit drei vom Hundert über dem zu Beginn des Jahres geltenden Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verzinsen. Die Jahresraten sind wiederkehrende Leistungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung. Die Beitragsschuldnerin oder der Beitrags-schuldner kann am Ende jeden Jahres den Restbetrag ohne weitere Zinsverpflichtung tilgen. Bei Veräußerung des Grundstücks oder des Erbbaurechts wird der Beitrag in voller Höhe des Restbetrags fällig.

§ 9a - Ablösung

Vor Entstehung der Beitragspflicht kann der Beitragsanspruch im Ganzen durch Vertrag zwischen der/dem Beitragspflichtigen und dem Amt in Höhe des voraussichtlich entstehenden Anspruches abgelöst werden. Für die Berechnung des Ablösebetrages gelten die Bestimmungen dieser Satzung.

III. Abschnitt - Erstattung der Kosten für die Herstellung von Grundstücksanschlüssen

§ 10 - Grundstücksanschlusskosten

Stellt das Amt auf Antrag des Grundstückseigentümers für ein Grundstück einen weiteren Grundstücksanschluss gem. § 2 Abs. 7 der Abwassersatzung Langwedel vom (Datum der Neufassung) oder für eine von einem Grundstück, für das die Beitragspflicht bereits entstanden ist, abgeteilte und zu einem Grundstück verselbstständigte Teilfläche einen eigenen Grundstücksanschluss an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage her (zusätzliche Grundstücksanschlüsse), so sind dem Amt die Aufwendungen für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung solcher zusätzlicher Grundstücksanschlüsse in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses bzw. mit dem Abschluss der Maßnahmen. Die §§ 6 bis 9 gelten entsprechend.

IV. Abschnitt - Schlussbestimmungen

§ 11 - Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

Die Abgabepflichtigen haben dem Amt jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Amt sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Ändern sich für ein bebautes Grundstück die für die Beitragsbemessung nach § 4 Abs. 3 Buchst. f), g) sowie die nach § 4 Abs. 4 Satz 1 und § 4 Abs. 6 maßgebenden Umstände und erhöht sich dadurch der grundstücksbezogene Nutzungsvorteil, wird ein Grundstück über die Tiefenbegrenzungslinie nach § 4 Abs. 3 Buchst. c) hinaus bebaut, oder wird ein bislang unbebautes Grundstück gemäß § 7 Abs. 2 erstmals bebaut, haben die Abgabepflichtigen dies dem Amt unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Beauftragte des Amtes dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Abgabenerhebung festzustellen oder zu überprüfen; die Abgabepflichtigen haben dies zu ermöglichen.

§ 12 - Datenverarbeitung

- (1) Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten, die dem Amt aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechtes nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WoBauErlG bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, der Einwohnermeldebehörde, der Ordnungsbehörden, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation, ferner der beim Amt geführten Grundstücksdatei durch das Amt zulässig. Dies gilt entsprechend für Daten, die zum Zwecke der Beitragserhebung oder der Hausnummernvergabe erhoben bzw. und gespeichert worden sind oder zum Zwecke der Erhebung von Realsteuern übermittelt worden sind. Das Amt darf sich diese Daten von den genannten Behörden und Stellen übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.
- (2) Das Amt ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von nach dem Absatz 1 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung sowie des Landesdatenschutzgesetzes.

§ 13 - Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen Pflichten nach § 11 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.

§ 14 - Inkrafttreten

Diese Beitragssatzung tritt zum 19.12.2019 in Kraft. Sie ersetzt die Kanalbeitragssatzung vom 25.11.1999, die gleichzeitig außer Kraft tritt samt sämtlicher zwischenzeitlich ergangener Änderungssatzungen.

Nortorf, den 19.12.2019
Amt Nortorfer Land
Der Amtsdirektor